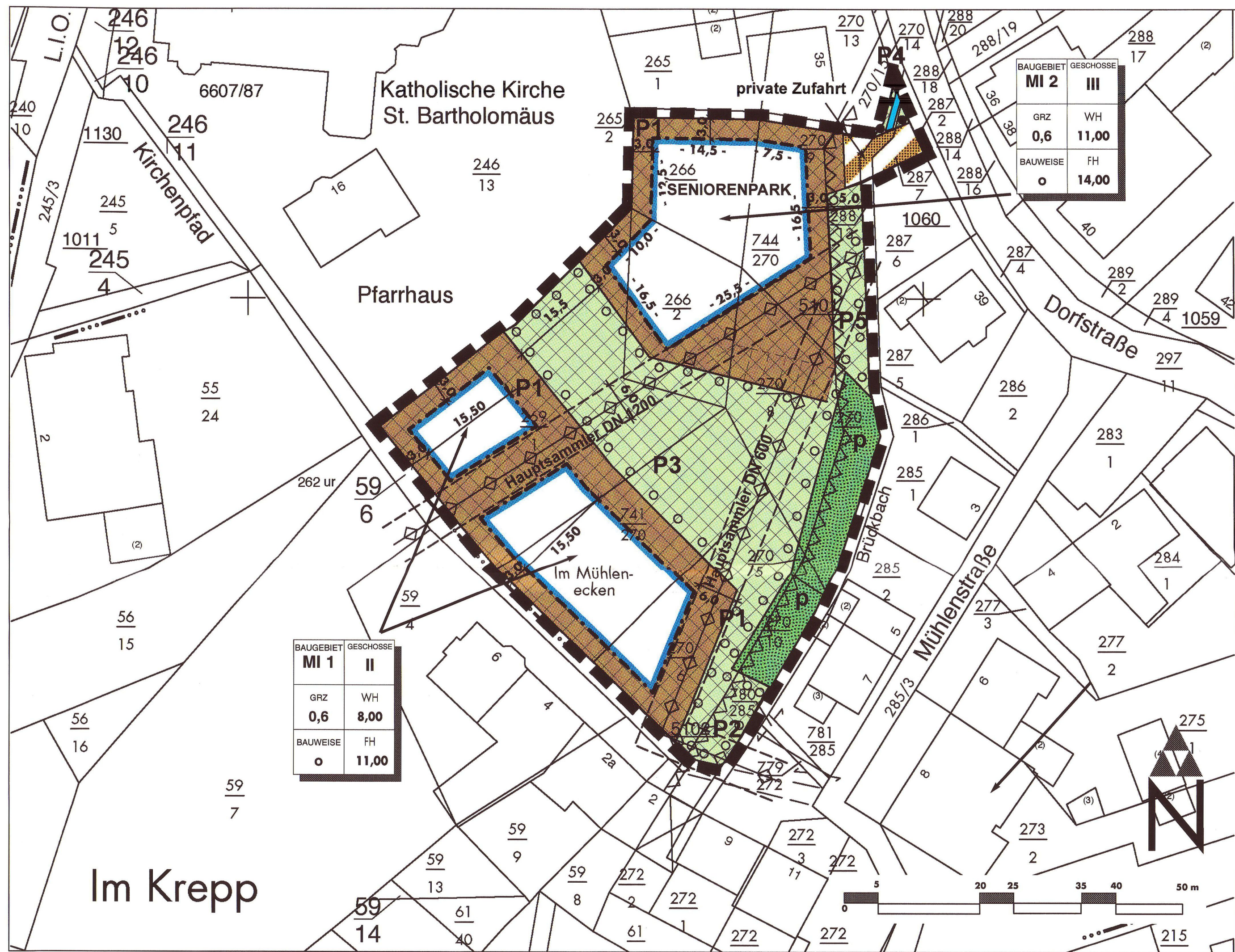




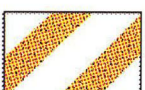
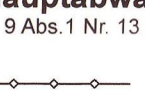


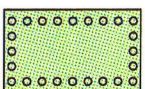





# GEMEINDE SAARWELLINGEN, ORTSTEIL SCHWARZENHOLZ, BEBAUUNGSPLAN "KIRCHPFAD"

## TEIL A: PLANZEICHNUNG



## PLANZEICHENERLÄUTERUNG

(NACH BAUGB IN VERBINDUNG MIT BAUNVO UND PLANZV 1990)

- Art der baulichen Nutzung**  
(§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB und § 6 BauNVO)  
 Mischgebiet
- Maß der baulichen Nutzung**  
(§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB und § 6 BauNVO)  
z.B. WH max. 8,00 m  
z.B. FH max. 11,00 m  
GRZ 0,6  
Zahl der Vollgeschosse  
Grundflächenzahl
- Bauweise, überbaubare Grundstücksfläche**  
(§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB und § 22, 23 BauNVO)  
 offene Bauweise  
Baugrenze  
Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung  
hier: private Zufahrt
- Verkehrsflächen**  
(§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB)  
 Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung  
hier: private Zufahrt
- Hauptabwasserleitungen**  
(§ 9 Abs. 1 Nr. 13 BauGB)  
 ABWASSERKANAL,  
hier: DN 1200  
hier: DN 600
- Grünflächen**  
(§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB)  
 Grünflächen (p = privat)
- Wasserflächen**  
(§ 9 Abs. 1 Nr. 16 BauGB)  
 hier: Brückbach
- Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft**  
(§ 9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB)  
 Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern  
und sonstigen Bepflanzungen  
(§ 9 Abs. 1 Nr. 25 a BauGB)  
 Flächen zum Erhalt von Bäumen, Sträuchern  
und sonstigen Bepflanzungen sowie von Gewässern  
(§ 9 Abs. 1 Nr. 25 b BauGB)
- Sonstige Planzeichen**  
 Geltungsbereich  
(§ 9 Abs. 7 BauGB)  
 Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrecht zu belastende Fläche  
(§ 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB)  
 Umgrenzung von Flächen für Stellplätze  
(§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB)  
 Umgrenzung von Flächen, die von der Bebauung  
freizuhalten sind  
(§ 9 Abs. 1 Nr. 10 BauGB)  
hier: Schutzabstand zum Brückbach nach SWG

## TEIL B: TEXTTEIL

### FESTSETZUNGEN

(GEM. § 9 BAUGB I.V.M. § 12 BAUGB UND BAUNVO)

- ART DER BAULICHEN NUTZUNG**  
GEM. § 9 ABS. 1 NR. 1 BAUGB  
1.1 Baugebiet MI  
1.1.1 zulässige Arten von Nutzungen  
1.1.2 ausnahmsweise zulässige Arten von Nutzungen  
1.1.3 nicht zulässige Arten von Nutzungen  
Mischgebiet, gem. § 6 BauNVO  
siehe Plan  
gem. § 6 Abs. 2 BauNVO  
• Wohngebäude, insbesondere Seniorenwohnen  
• Geschäfts- und Bürogebäude  
• Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale und gesundheitliche Zwecke  
gem. § 1 Abs. 5 BauNVO  
• Einzelhandelsbetriebe, Schank- und Speisewirtschaften sowie Betriebe des Beherbergungsgewerbes  
gem. § 1 Abs. 5 BauNVO sind:  
• sonstige Gewerbebetriebe,  
• Gartenbaubetriebe,  
• Tankstellen,  
• Vergnügungsstätten im Sinne des § 4a Abs. 3 Nr. 2 in den Teilen des Gebietes, die überwiegend durch gewerbliche Nutzung geprägt sind nicht zulässig.  
Gem. § 1 Abs. 5 BauNVO i. V. § 1 Abs. 9 BauNVO sind  
• Bordellbetriebe,  
• SB-Autowaschanlagen,  
nicht zulässig.  
gem. § 1 Abs. 6 Nr. 1 BauNVO werden  
• "Vergnügungsstätten im Sinne des § 4a Abs. 3 Nr. 2 BauNVO, die gem. § 6 Abs. 3 BauNVO ausnahmsweise außerhalb der in Abs. 2 Nr. 8 bezeichneten Teile des Gebietes zulässig sind,  
nicht Bestandteil des Bebauungsplanes.
- MASS DER BAULICHEN NUTZUNG**  
GEM. § 9 ABS. 1 NR. 1 BAUGB  
2.1 Grundflächenzahl  
2.2 Zahl der Vollgeschosse  
2.3 Höhe baulicher Anlagen  
gem. §§ 16, 17 und 19 Abs. 1 BauNVO, siehe Plan, hier: 0,6  
Gem. § 19 Abs. 4 BauNVO ist eine Überschreitung der festgesetzten GRZ durch die Grundflächen von:  
• Garagen und Stellplätzen mit ihren Zufahrten  
• Nebenanlagen im Sinne des § 14 BauNVO  
• bauliche Anlagen unterhalb der Geländeoberfläche, durch die das Baugrundstück lediglich unterbaut wird nicht zulässig.  
gem. §§ 16 und 20 Abs. 1 BauNVO, gem. LBO siehe Plan;  
MI 1: 2 Vollgeschosse  
MI 2: 3 Vollgeschosse  
siehe Plan  
gem. §§ 16 und 18 BauNVO  
hier: maximale Wandhöhe und maximale Firsthöhe  
Die maximale Wandhöhe wird im:  
• MI 1 auf max. 8,00 m und die maximale Firsthöhe auf 11,00 m festgesetzt,  
• MI 2 auf max. 11,00 m und die maximale Firsthöhe auf 14,00 m festgesetzt.  
Als Wandhöhe wird das Abstandsmaß zwischen Oberkante fertiger Straßenbelag (gem. Straßenprojekt) und dem Schnittpunkt der Außenflächen des aufgehenden Mauerwerks mit der Dachhaut bestimmt. Der untere Bezugspunkt (Oberkante fertiger Straßenbelag der den Gebäuden zugeordneten Erschließungsstraße) ist jeweils an der straßenseitigen Gebäudemitte zu ermitteln. Bei giebelständigen Gebäuden gilt als obere Begrenzung der Wand die Verbindungslinie zwischen den Schnittpunkten der Dachhaut mit den Seitenwänden.

Die Firsthöhe als oberer Bezugspunkt ist als oberste Dachbegrenzungskante klar definiert.

siehe Plan,  
hier: offene Bauweisen gem. § 22 Abs. 2 BauNVO

hier: Baugrenzen gem. § 23 Abs. 3 BauNVO.  
Die Gebäude sind an den im Plan durch Baugrenzen gekennzeichneten Standorten zu errichten. Ein Vortreten von Gebäudeteilen in geringfügigem Ausmaß (bis max. 0,5 m) kann gestattet werden, wenn die erforderlichen Abstandsflächen eingehalten werden.

siehe Plan,

Gem. § 12 Abs. 6 BauNVO wird bezüglich der Stellplätze und Garagen folgende Festsetzung getroffen:

- Garagen und Carports sind außerhalb der überbaubaren Fläche nur in den seitlichen Grundstücksbereichen bis zu der max. Tiefe der Bau-fenster zulässig. Zwischen Straßenraum und Garage bzw. Carport ist ein Abstand von mind. 5,0 m als Stauraum einzuhalten. Eine Überbauung des Abwasserkanals für die Anlage einer Garage oder eines Carports ist im Einzelfall mit der Gemeinde abzustimmen.

- Nicht überdachte Stellplätze, Zufahrten sowie Nebenanlagen sind grundsätzlich im gesamten Baugbiet auch außerhalb der überbaubaren Flächen mit Ausnahme der Flächen zum Anpflanzen bzw. zum Erhalt zulässig.

siehe Plan,

Die private Zufahrt im Bereich des Seniorenparks wird gem. § 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB als „Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung“ festgesetzt.

hier: Abwasserkanäle  
EVS-Sammler der AWA Saarwellingen Schwarzenholz  
Abwasserkanal der Gemeinde Saarwellingen

hier: Trennsystem  
Die neu zu erschließenden Grundstücke werden an den Mischwasserkanal, der innerhalb des Plangebietes verläuft, angeschlossen.

Die unbelasteten Dachablaufwässer, das auf den Terrassenflächen anfallende Wasser sowie das Straßenablaufwasser im Bereich der privaten Zufahrt und auf den Stellplätzen im Bereich MI 2 werden getrennt hiervon erfasst und über einen separaten Kanal in den unmittelbar angrenzenden Vorflut (Brückbach) geleitet.

siehe Plan,  
hier: private Zier- und Nutzgärten

Alle Stellplätze auf den Grundstücken im gesamten Plangebiet sind aus Gründen der Grundwassererneuerung wasserdurchlässig zu befestigen.

siehe Plan,  
Leitungsrecht zugunsten der Entsorgungsträger im dargestellten Bereich 3 m beiderseits der Abwasserleitung.

Eine Überbauung des Abwasserkanals für die Anlage einer Garage oder eines Carports ist im Einzelfall mit der Gemeinde abzustimmen.

siehe Plan,  
P1: Alle nicht überbaubaren Grundstücksflächen, die nicht für Zufahrten, Umfahrten, Stellplätze oder Nebenanlagen benötigt werden, sind gärtnerisch anzulegen und zu begrünen. Pro Grundstück sind mindestens ein standortgerechter Obstbaum- oder Laubbaumhochstamm gemäß Pflanzliste anzupflanzen.

P2: Die mit P2 gekennzeichnete Fläche ist mit standortgerechten, einheimischen Gehölzen in einem Raster von 1,50 m x 1,50 m zu bepflanzen.

P3: Die mit P3 gekennzeichnete Fläche ist parkartig anzulegen. Hierzu sind mindestens 8 Laubbaumhochstämme gemäß Pflanzliste anzupflanzen. Entlang der südwestlichen und östlichen Grundstücksgrenzen ist ein 3 m breiter Pflanzstreifen mit standortgerechten Sträuchern anzulegen.

P4: Im Bereich der mit P4 gekennzeichneten Fläche sind vorhandene Strukturen zu erhalten.

P5: Im Bereich der mit P5 gekennzeichneten Fläche sind entlang des Bachufers vereinzelt Weidenstecklinge zu setzen.

P6: Für alle Pflanzungen dürfen nur einheimische und standortgerechte Bäume und Sträucher sowie einheimische Obstbaumsorten verwendet werden. Die nachfolgende Pflanzliste stellt eine beispielhafte Auswahl geeigneter einheimischer und standortgerechter Gehölze dar:

Pflanzliste:  
Feldahorn Spitzahorn  
Bergahorn Sommerlinde  
Winterlinde Eberesche  
Hainbuche Vogelkirsche  
Hartnagel Gem. Schneeball  
Hasel Pfaffenhütchen  
Eingr. Weißdorn Zweigr. Weißdorn  
Schlehe Stieleiche  
Traubeneiche Rotbuche

einheimische Obstsorten

Festgesetzte Pflanzqualitäten:  
Hochstämme/Stammbüsche: 2xv, StU 10-12 cm  
Sträucher: 3 Triebe, Höhe 100-125 cm

- Erfolgte Anpflanzungen unterliegen der Bindung gem. § 9 Abs. 1 Nr. 25 b BauGB.

Sämtliche im Plangebiet getroffenen Maßnahmen gelten als Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen und werden den Eingriffsflächen im Plangebiet zugeordnet. Weiterhin sind außerhalb des Bebauungsplanes weitere Ausgleichsflächen gem. § 9 Abs. 1a BauGB bereitzustellen. Der erforderliche externe Ausgleich von 6300 Okopunkten soll über das gemeindeeigene Okokonto bereitgestellt werden.

## FESTSETZUNGEN GEM. § 9 ABS. 4 BAUGB I.V.M. § 85 ABS. 4 LBO

PHOTOVOLTAIK,  
BRAUCHWASSERERWÄRMUNG

Anlagen für Photovoltaik und Brauchwassererwärmung sind auf den Dächern zulässig.

VERWENDUNG VON NIEDERSCHLAGSWASSER  
(REGENWASSERSPEICHERUNG)

- Zur Entlastung des Entwässerungssystems ist im Bereich des Gebietes MI 1 unbelastetes Niederschlagswasser vom Schmutzwasser getrennt zu sammeln und in dezentralen Kleinspeichern (z.B. Zisternen, Becken) auf den privaten Grundstücken zu speichern.
- Die Überläufe der dezentralen Kleinspeicher sind an das vorhandene Kanalsystem anzuschließen.
- Das Mindestvolumen der dezentralen Kleinspeicher beträgt 5.000 bzw. sollte 40 Liter pro Quadratmeter Dachfläche nicht unterschreiten.

## FESTSETZUNGEN GEM. § 9 ABS. 6 BAUGB

ABWASSERKANÄLE  
HIER: EVS-SAMMLER DER AWA SAARWELLINGEN  
SCHWARZENHOLZ  
HIER: ABWASSERKANAL DER GEMEINDE  
SAARWELLINGEN

Zu den im Plangebiet vorhandenen Abwassersammeln (DN 1200 und DN 600) muss ein Abstand von 3,00 m, gerechnet von der Rohrachse des Kanals zu der Geländekante eingehalten werden

SCHUTZFLÄCHE NACH DEM  
SAARLÄNDISCHEN WASSERGESETZ  
GEM. § 90 ABS. 4 SWG

Die Gewässerandstreifen sind innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile in einer Breite von mindestens 5 Metern, gemessen von der Uferlinie, grundsätzlich naturnah zu bewirtschaften. Die Errichtung von baulichen Anlagen im Uferbereich ist unzulässig. Die Organisation der Zufahrt auf dem privaten Grundstück des Seniorenparks ist mit dem Landesamt für Umwelt- und Arbeitsschutz sowie mit der Unteren Wasserbehörde abzustimmen.

DENKMALRECHTLICHES VERFAHREN GEMÄSS  
§ 8 ABS. 2 SDSCHG

Für die Bebauung im nördlichen Bereich der Fläche MI 1 sowie auf der Fläche MI 2 ist Art, Material und Farbigkeit in einem denkmalrechtlichen Verfahren gemäß § 8 Abs. 2 SDSCHG auf der Ebene der Baugenehmigung zu klären.

## FESTSETZUNGEN GEM. § 9 ABS. 7 BAUGB

Grenze des räumlichen Geltungsbereichs

siehe Plan

## HINWEISE

EinHALTUNG GRENZABSTÄNDE

Bei der Anpflanzung von Bäumen und Sträuchern entlang von Grundstücksgrenzen sind die Grenzabstände gemäß dem Saarländischen Nachbarrechtsgesetz zu gewährleisten, sofern der Bebauungsplan nichts anderes festsetzt.

DACHBEGRÜNNUNGEN

Die Dachbegrünung von Flachdächern und gering geneigten Dächern wird aus ökologischen und gestalterischen Gründen empfohlen. Dabei ist eine extensive Begrünung einer intensiven vorzuziehen.

REGENWASSERNUTZUNG

Zur Entlastung des Entwässerungssystems wird die Anlage dezentraler Kleinspeicher (z.B. Zisternen) zur Nutzung als Brauchwasser empfohlen. Hierbei sind die Vorgaben der Trinkwasserverordnung zu beachten.

MUNITIONSFUNDE

Im Planungsbereich sind Munitionsfahrten nicht auszuschließen. Ein vorsorgliches Absuchen der Flächen durch den Kampfmittelbeseitigungsdienst wird daher empfohlen. Die Anforderung des Kampfmittelbeseitigungsdienstes sollte frühzeitig vor Beginn der Erdarbeiten erfolgen.

BODENFUNDE

Bei Bodenfunden besteht Anzeigepflicht und das befristete Veränderungsgesbot gem. § 12 SDSCHG.

GESCHLOSSENER VERBAU

Gemäß den Angaben des EVS wird das Plangebiet von zwei Abwassersammeln durchquert. Der EVS weist darauf hin, dass bei einer Unterkellerung der Gebäude mit einem geschlossenen Verbau gearbeitet werden muss.

SCHUTZSTREIFEN

Das Merkblatt über Baumstandorte und unterirdische Ver- und Entsorgungsanlagen der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen ist bei den Baumpflanzungen zu beachten.

Bei Durchführung von Pflanzarbeiten sind die Bestimmungen des DVGW Arbeitsblattes GW 125 vom März 1989 (Baumpflanzungen im Bereich unterirdischer Versorgungsanlagen) zu beachten.

BRANDSCHUTZ/ LÖSCHWASSER

Aus dem Trinkwassernetz kann nur eine begrenzte Löschwassermenge sichergestellt werden. Es ist daher zu gewährleisten, dass die Gefahr der Brandausbreitung gering ist. Dies kann durch feuerhemmende Umfassungen und eine harte Bedachung erreicht werden. Die Anforderungen des Regelwerks DVGW V 405 sind einzuhalten.

ALTER BERGBAU

Das Plangebiet befindet sich im Bereich eines ehemaligen Stein- und Eisenerzverleihes. Bei Ausschachtungsarbeiten ist daher auf Anzeichen von altem Bergbau zu achten und dies ggfs. dem Oberbergamt mitzuteilen.

UNTERKELLERUNG DER GEBÄUDE

Bei eventuell auftretendem Grundwasseraufschluss und der Lage der Kellersohle in diesem Bereich ist eine sogenannte „weiße Wanne“ vorzusehen.

HERSTELLUNG EINER

DURCHWURZELBAREN BODENSCHICHT

Zur Herstellung einer durchwurzelbaren Bodenschicht dürfen in und auf Böden nur Bodenmaterial sowie Baggergut, nach DIN 19731 (Ausgabe 5/98), und Gemische von Bodenmaterial mit solchen Abfällen, die die stofflichen Qualitätsanforderungen der nach § 8 Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes erlassenen Verordnungen sowie der Klärschlammverordnung erfüllen, auf- und eingebracht werden.

ZWISCHENLAGERUNG UND UMLAGERUNG VON

BODENMATERIAL

Die Zwischenlagerung und die Umlagerung von Bodenmaterial auf Grundstücken im Rahmen der Errichtung oder des Umbaus von baulichen und betrieblichen Anlagen unterliegen nicht den Regelungen des Bodenschutzgesetzes, wenn das Bodenmaterial am Herkunftsort wieder verwendet wird.

## GESETZLICHE GRUNDLAGEN

Für die Verfahrensdurchführung und die Festsetzungen des Bebauungsplanes gelten u.a. folgende Gesetze und Verordnungen:

- Baugesetzbuch (BauGB), in der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Gesetz vom 03.05.2005 (BGBl. I S. 1224) m.V.v. 10.05.2005,

- die Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Bekanntm. der Neufassung vom 23. Januar 1990 (BGBl. I S. 133), zul. geänd. durch Art. 3 des IWG vom 22. April 1993 (BGBl. I S. 479),

- die Anlage zur Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Plangebietes - Planierrichtlinien (PlanzV 90) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. I S. 58),

- das Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 05.09.2001 (BGBl. I S. 2350), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes zur Anpassung des Baugesetzbuches an EU-Richtlinien vom 24. Juni 2004 (BGBl. I S. 1359),

- das Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung im Saarland (SaarUVPG) vom 30.10.2002 (Amtsblatt des Saarlandes, S.2494), zuletzt geändert durch Artikel 2 Abs. 5 des Gesetzes Nr. 1554 zur Neuordnung des saarländischen Denkmalsrechts (SDSchG) vom 19. Mai 2004 (Amtsblatt des Saarlandes, S. 1507)

- die saarländische Landesbauordnung (LBO), zuletzt geändert durch Artikel 2 Abs. 6 des Gesetzes Nr. 1554 zur Neuordnung des saarländischen Denkmalsrechts (SDSchG) vom 19. Mai 2004 (Amtsblatt des Saarlandes, S. 1507),

- der § 12 des Kommunal Selbstverwaltungsgesetzes (KSVG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Juni 1907 (Amtsbl. S. 682), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 08. Oktober 2003 (Amtsbl. 2004, S. 594),

- das Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 25.03.2002 (BGBl. I S. 1193), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes zur Anpassung des Baugesetzbuches an EU-Richtlinien vom 24. Juni 2004 (BGBl. I S. 1359),

- das Gesetz über den Schutz der Natur und Pflege der Landschaft (Saarländisches Naturschutzgesetz - SNG) vom 19. März 1993 (Amtsblatt des Saarlandes, S. 346), zul. geänd. durch Artikel 1 des Gesetzes Nr. 1557 über die Umsetzung gemeinschaftsrechtlicher Vorschriften auf dem Gebiet des Naturschutzes zur Flexibilisierung der kommunalen Abwasserbeseitigungspflicht (Amtsblatt des Saarlandes vom 29.07.2004, S. 1550),

- das Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz - BImSchG) in der Neufassung vom 28.09.2002 (BGBl. I S. 3830), zuletzt geändert am 06.01.2004 (BGBl. I, S.2),

- das Gesetz zum Schutz vor schädlichen Bodenveränderungen und zur Sanierung von Altlasten (Bundes-Bodenschutzgesetz - BBodSchG) vom 17. März 1998, zuletzt geändert durch Gesetz vom 09. September 2001 (BGBl. S. 2331),

- das Gesetz zum Schutz des Bodens im Saarland (Saarländisches Bodenschutzgesetz - SBodSchG) vom 20. März 2002 (Amtsbl. des Saarlandes 2002, S. 990),

- das Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushaltes (Wasserhaushaltsgesetz - WHG), i. d. Neuf. der

Bek. vom 19.08.2002 (BGBl. I, S. 3245), zuletzt geändert am 06.01.2004 (BGBl. I, S.2),

- das Saarländische Wassergesetz (SWG) i.d.F. der Bekanntmachung vom 30. Juli 2004 (Amtsblatt des Saarlandes vom 24.09.2004, S. 1994 ff.), S.2),

- das Saarländische Nachbarrechtsgesetz vom 28. Februar 1973 (Amtsblatt des Saarlandes, S. 210), zuletzt geändert durch Artikel 11 des Gesetzes Nr. 1397 zur Neuordnung der saarländischen Vermessungs- und Katasterverwaltung vom 16. Oktober 1997 (Amtsblatt des Saarlandes, S. 1130).

## VERFAHRENSVERMERKE

- Der Gemeinderat der Gemeinde Saarwellingen hat am 21.07.2005 die Aufstellung des Bebauungsplanes "Kirchpfad" (§ 2 Abs. 1 BauGB) beschlossen.

Der Beschluss wurde am 28.07.2005 ortsüblich bekanntgemacht (§ 2 Abs. 1 BauGB).

01. AUG. 2005

Saarwellingen, den 01. AUG. 2005

- Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich Belange der Planung betreffen kann, wurden mit Schreiben vom 28.07.2005 von der Planung unterrichtet und zur Äußerung im Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB aufgefordert.

- Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit wurde in der Zeit vom 08.08.2005 bis zum 23.08.2005 in Form einer öffentlichen Auslegung durchgeführt (§ 3 Abs. 1 BauGB). Sie wurde am 28.09.2005 ortsüblich bekannt gemacht.

- Der Gemeinderat hat am 21.07.2005 den Entwurf des Bebauungsplanes "Kirchpfad" gebilligt und die öffentliche Auslegung (§ 3 Abs. 2 BauGB) mit paralleler Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der Nachbargemeinden (§ 4 Abs. 1 und 2 BauGB und § 2 Abs. 2 BauGB) beschlossen.

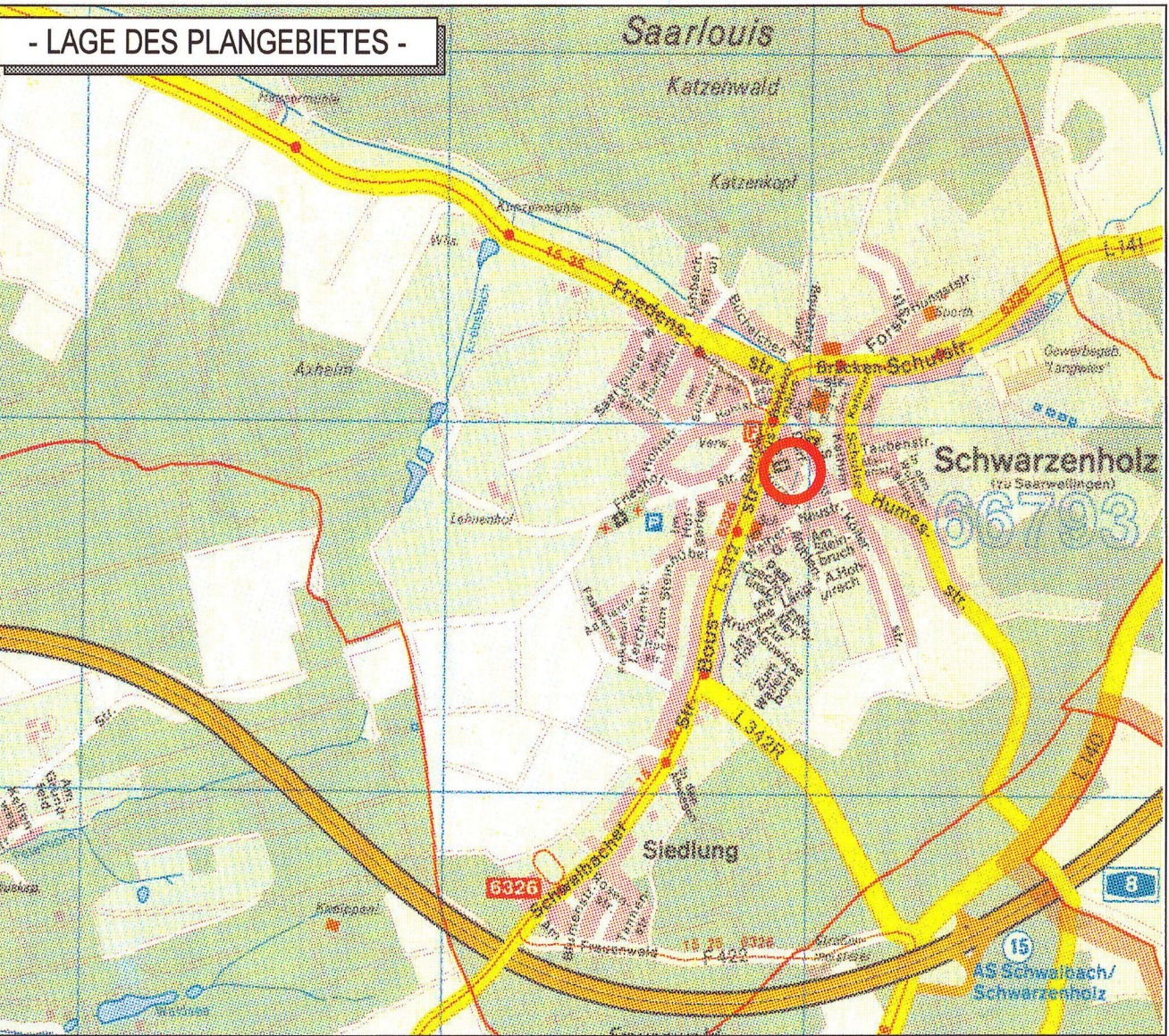
Ort und Dauer der Auslegung sowie Angaben dazu, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, wurden mit dem Hinweis, dass Stellungnahmen während der Auslegungsfrist abgegeben werden können und dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung unberücksichtigt bleiben können, am 06.10.2005 ortsüblich bekanntgemacht (§ 3 Abs. 2 BauGB).

- Der Entwurf des Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Textteil (Teil B) und der Begründung sowie die wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen, haben in der Zeit vom 17.10.2005 bis einschließlich 18.11.2005 öffentlich ausliegen (§ 3 Abs. 2 BauGB).

Die Überstimmung der Katastergrundlage mit dem Liegenschaftskataster ist festgestellt.

Datum / Unterschrift

Katasteramt



MASZSTAB 1 : 500	PROJEKTBEZEICHNUNG SAW-BP-KIR-5-035	PLANGRÖSSE DIN A 0 IM ORIGINAL
PLANNUMMER SAW-BP-KIR-PLAN 6	BEARBEITUNGSSTAND 16.12.2005	BEARBEITET DIPL.-ING. CAROLIN MÄRKER DIPL.-GEOD. ANJA GROSS

## GEMEINDE SAARWELLINGEN - ORTSTEIL SCHWARZENHOLZ BEBAUUNGSPLAN "KIRCHPFAD"

- SATZUNG -